



Genossenschaft Deutscher Bühnen-Angehöriger

Pressemitteilung

Hamburg, 27. Oktober 2020

Kultur in der Krise: Politik muss gegensteuern!

Die Kultur in Deutschland steht angesichts der sich verschärfenden Corona-Krise unter vielfachem Druck. Um die Funktion von Theatern und anderen Kultureinrichtungen als unverzichtbare Diskurs- und Demokratie Voraussetzung zu erhalten, braucht es jetzt beherzte Entscheidungen von Politikerinnen und Politikern.

Betroffen von der Situation sind zunächst die Beschäftigten im Kulturbereich. Zwar startete in der vergangenen Woche die zweite Runde der Überbrückungshilfen des Bundeswirtschaftsministeriums. Wiederum nicht enthalten ist der von vielen Seiten geforderte fiktive Unternehmerlohn für Solo-Selbstständige. Die GDBA empfindet dies umso skandalöser, weil Betroffene zwar immer wieder auf den erleichterten Zugang zur Grundsicherung verwiesen werden, zugleich aber weiterhin nicht alle Jobcenter den geltenden Regeln folgen. Das betrifft offenbar durchgängig die sogenannten „Optionskommunen“, in denen nicht die Bundesagentur für Arbeit Träger ist.

Die Brisanz der Situation wird auch deutlich durch Offene Briefe, wie sie beispielsweise die stellvertretende Landesvorsitzende der GDBA in Hessen/Rheinland-Pfalz/Saarland, Irina Ries, die die Interessen der freischaffenden Künstlerinnen und Künstler im Landesvorstand vertritt, an die Hessische Kunstministerin Helga Dorn (Grüne) und Ministerpräsident Volker Bouffier (CDU) gerichtet hat. Darin wird in verschiedenen Modellen ein Verdienstaumgleich während der Corona-Pandemie gefordert.

Zu den dringenden Wünschen von Künstlerinnen und Künstlern gehört aber auch, weiterhin auf der Bühne zu stehen: Deshalb wendet sich die GDBA an politisch Verantwortliche überall im Land und plädiert dringend dafür, Theater und Kultureinrichtungen offen zu halten. Überall dort gibt es Hygienekonzepte, die sich in den letzten Monaten bewährt haben. Infektionsgeschehen an diesen Orten wird von niemandem behauptet. Schließungen oder Einschränkungen wären deshalb unverhältnismäßig.

Dauerhafter Schaden droht, wenn in kommunalen Haushalten die Kulturausgaben dramatisch zurückgefahren werden. Aktuell soll der Etat in Bamberg um ein Viertel gekürzt werden, allein das Theater wäre von einer 2,5-prozentigen Kürzung betroffen. In dieser Situation fordert die GDBA alle Verantwortlichen auf, sich massiv für den Erhalt aller Kulturstätten zu engagieren. Der GDBA-Lokalverband Bamberg hat dies bereits in einem Offenen Brief an die Stadtverwaltung dringend angemahnt.

GDBA-Präsident Jörg Löwer: „Unsere Kulturlandschaft ist in diesen Zeiten von allen Seiten bedroht – was die materielle Basis der Künstlerinnen und Künstler angeht ebenso wie die Kultureinrichtungen selbst, die in dieser Krise ihrer Funktion als Ankerpunkt einer verunsicherten Gesellschaft drohen, verloren zu gehen. Dazu kommt noch ein föderaler Flickenteppich bei der erlaubten Auslastung von Theatern und Konzerthäusern. Dagegen müssen Politikerinnen und Politiker sich aktiv einsetzen!“

Rückfragen: Jörg Löwer

Tel. 040 4328244-0